

Handelszeitung und volkswirtschaftliche Rundschau.

Zur Lage des Hypotheken- und Immobilienmarktes.

Aus Berlin wird uns von unserm S-Mitarbeiter geschrieben:

Zu Beginn des Jahres glaubte man mit der Erleichterung des Geldstandes und den, wenn auch nur schwächeren hervortretenden ersten Anzeichen einer Belebung des Baumarktes wieder auf bessere Zeiten für das gesamte Immobilienwesen rechnen zu dürfen. Es entwickelte sich in den ersten beiden Monaten des Jahres auch tatsächlich einige Unternehmungslust. Die Hypothekenbanken und andere Geldinstitute sowie die privaten Gelddarleher waren wieder geneigter, Kapitalen für neue Beleihungen zur Verfügung zu stellen. Allerdings ließen die teuren Zinssätze und Provisionen für neue Beleihungen nicht nach. Bei noch immer niedrigen Pfandbriefkursen war es den Hypothekenbanken kaum möglich, unter 4% bis 4½ Proz. Zinsen zuzüglich 3 bis 1 Proz. Abschlußprovision erfolgreich zu arbeiten, und auch die Lebensversicherungsinstitute konnten unter 4% bis 4½ Proz. zuzüglich 1 bis 1½ Proz. Provision nicht durchkommen.

Dagegen machte sich ein größeres Kapitalsangebot seitens Privater für kleinste erststellige Hypotheken geltend, ohne daß hierfür Neigner in größerem Umfang zu finden waren, da es für diese Angebote an geeignetem Material fehlte. Die privaten Darleher reflektierten nur auf Objekte in der inneren Stadt und allenfalls im alten Westen. In diesen Gegenenden sind aber entweder nur alte Grundstücke zu finden, die von den privaten Kapitalisten nicht gern gekauft werden, oder aber es werden zur Beleihung neue Grundstücke offeriert, bei denen entweder sehr hohe Summen gewünscht werden, oder wobei es sich um Mietobjekte handelt, die zum Teil größerer Geschäftsräumen, wie Cafés, Restaurants und so weiter dienen und die deshalb nicht gern privatseitig buchen werden. Das Angebot für Geld auf zweitstellige Hypotheken ist nach wie vor außerordentlich gering, und hier wird sich die Lage auch nicht so leicht bessern, weil die Neigung privater Kapitalistenskreise, Geld auf zweite Hypotheken auszuleihen, sowohl wegen der ungünstigen Wirtschaftskonjunkturen ins Wanken gekommen ist, als auch infolge gewisser rechtlicher Misstände, die sich im Laufe der Zeit herausgebildet haben. So lange nicht die Rechtsprechung bestmöglich der augenblicklich angewandten Manipulationen, wie Einräumung von Nießbrauchrechten, Mietssessionen und Mietplankündungen an andere Gläubiger u. a. m. abgedient wird, solange wird der Privatkapitalist keine Vorliebe für zweitstellige Hypotheken an den Tag legen, obgleich es in Großberlin und Umgebung noch zweitstellige Objekte genug gibt, die am Sicherheit nicht zu wünschen übrig lassen.

Das Grundstücks geschäft entwickelte sich zu Beginn des Jahres zeitweise etwas lebhafter, da bei dem stark gesunkenen Preisen mehrfach Interesse für Rentenhäuser auftrat. Die Verhandlungen zogen sich in den meisten Fällen allzu lange hin, so daß von einem regulären größeren Geschäft bisher nicht gesprochen werden kann. Das Baustellengeschäft entwickelte sich nur schwerfällig, trotz des vorgeschriebenen Frühjahrs und trotzdem daß die Mieten keineswegs zurückgegrungen sind. Das Eingreifen öffentlicher Faktoren, wie der Kommunen und des Staates, auf dem Terrazzomarkt hat das Terrazzogeschäft fühlbar geschädigt. Solvente Bauunternehmer, die nicht mit einer sofortigen Regulierung der zweiten Hypothek zu rechnen brauchen, würden bei den augenblicklichen Verhältnissen aber gut durchkommen. Auffallend ist es, daß sich zum Quartalswechsel an den deutschen Börsen nur mäßige Nachfrage nach Rentenwerten und Hypothekendokumenten zeigt, ein Beweis dafür, daß die vielfachen Neuemissionen direkt durch die Emissionshäuser in das Publikum gebracht werden. Die Frühjahrsausmission kann nun jedenfalls einen größeren Umfang nicht mehr annehmen. Sollten sich aber die Hoffnungen erfüllen, die man für den Anlagemarkt bei weiterer Andauer der billigen Zinssätze hegt, und die Rentenkurse eine Hebung erfahren, dann dürften die Aussichten für den Sommer noch nicht als verboren gelten.

Börsen- und Handelswesen.

* Neue Papiere in Berlin. Zugelassen wurden 8 Mill. Mark 4proz. Anleihe der Stadt Mainz von 1914 Lit. T. 1 Mill. Mark 4½ proz. Pfandbriefe von 1914 des Berlin-Schöneberger Hypothekenbankvereins, 11 Mill. Mark Anteilscheine der Neu-Guinea-Compagnie, Berlin, und 30 Mill. Mark 4proz. Komunalobligationen Serie IV der Deutschen Hypothekenbank (Akt.-Ges.).

* Dividendschelnabtrennungen. Abschöpfen sind heute die Dividendscheln der Bodengesellschaft Berlin-Nord-Aktionen (0 Proz.), Jescrich Asphalt-Aktionen (12 Proz.), dergl. Vorzugs-Aktionen (6 Proz.), Kaiserkeller-Aktionen (5 Proz.) und Unterhausen-Spinnerei-Aktionen (6 Proz.).

Bank- und Geldwesen.

* Privatbank zu Gotha. Die Generalversammlung der Aktionäre genehmigte den Rechnungsabschluß pro 1913 und die Verteilung einer Dividende von 6½ Proz. zehlfach ab 1. April d. J.

* Der Crédit Foncier de France wird sich von der am 4. April stattfindenden Generalversammlung zu einer Erhöhung des Aktienkapitals von 250 auf 350 Mill. Frank ermächtigen lassen; doch werden die neuen 100 Millionen nur sukzessive emittiert.

* Azow-Don-Commerzbank in St. Petersburg. Das Institut erzielte in 1913 einen Reingewinn von 910 627 (l. V. 7396 048) Rubel, woraus, wie angekündigt, die Verteilung einer Dividende von 16 (15) Proz. vorgeschlagen wird.

Montanwesen.

* Bitterfelder Lomisen-Grube, Kohlenwerk und Ziegeler-Akt.-Ges., in Zscherndorf. Die Kohlenförderung der Werke erreichte im abgelaufenen Geschäftsjahr 10 835 996,7 hl, was gegen das Vorjahr eine Minderertragung von 890 720,8 hl bedeutet. Das Minderertrag bringt fast ausschließlich auf den Absatzstockungen in den Erzeugnissen der Brikett- und Naßpreßsteinfabrik. Die Abschreibungen werden mit 426 414 (l. V. 532 362) A betragen. Aus dem Reingewinn von 229 990 (228 092) A werden wieder 18 Proz. Divi-

dende auf das 1 Mill. Mark betragende Aktienkapital verteilt.

Die Verwaltung glaubt, für die im neuen Geschäftsjahr zu erwartenden Schwierigkeiten genügend vorbereitet zu sein, um den Aktionären auch für 1914 eine befriedigende Dividende zuführen zu können.

* Lüneburger Eisenwerk. Ueber die Aussichten schreibt die Verwaltung in dem Geschäftsbericht: In dem neuen Geschäftsjahr sind die Gießerei und das Emailierwerk, allerdings bei sehr gedrückten Preisen, einigermaßen beschäftigt, die Maschinenfabrik sogar gut, dagegen mangelt es in der Kesselschmiede und Eisenkonstruktionswerkstatt an Aufträgen, und die Arbeitszahl in dieser Werkstatt ist sehr stark vermindert worden.

* Die Vereinigung der englischen und der schottischen Stahlfabrikanten haben beschlossen, an dem bestehenden Rabattsystem nichts zu ändern. Das bedeutet, daß auf die geltenden Marktwerte von Stahl-, Schiffsplatten u. dgl. beim Ankauf 5 sh per Tonne Rabatt gewährt werden, ein Nachlaß der aber für die schottische Vereinigung nicht mehr besteht, da diese aus der Rabattgemeinschaft bereits vor einiger Zeit ausgeschieden ist. Die schottischen Schiffbauwerke lassen ihr Material hauptsächlich durch Kaufmännische Firmen im In- oder Ausland ankaufen, wo sie es am billigsten erwerben können, auch kaufen sie schottische Stahlgenossenschaften nur von zwei oder drei großen Fabriken, die der Kontrolle der Schottischen Stahlfabrikanten-Vereinigung sich entzogen haben und zu Preisen verkaufen, sich beständig unter denjenigen jener Vereinigung halten. Daraus ergibt sich, daß die Steuer nicht zwangsweise entrichtet und sich die Möglichkeit weiterer Schritte vorbereite. Wenn die Steuer erklärt hätte, sie bezahle die Steuer nicht und werde prozessieren, so würde die ganze Steuer von der Regierung zwangsweise beigetragen werden können. In der Frage der sogenannten Sonderrechtsstuer habe sich die Gesellschaft dem Zwange der Verhältnisse insofern gefügt, als sie auch wegen dieser Steuer mit der Regierung in Unterhandlungen eingetreten sei. Sie habe der Regierung zu verstehen gegeben, daß sie die Steuer nur zwangsweise entrichte und sich die Möglichkeit weiterer Schritte vorbereite. Wenn die Steuer erklärt hätte, sie bezahle die Steuer nicht und werde prozessieren, so würde die ganze Steuer von der Regierung zwangsweise beigetragen werden können.

* Die Vereinigung der englischen und der schottischen Stahlfabrikanten haben beschlossen, an dem bestehenden Rabattsystem nichts zu ändern. Das bedeutet, daß auf die geltenden Marktwerte von Stahl-, Schiffsplatten u. dgl. beim Ankauf 5 sh per Tonne Rabatt gewährt werden, ein Nachlaß der aber für die schottische Vereinigung nicht mehr besteht, da diese aus der Rabattgemeinschaft bereits vor einiger Zeit ausgeschieden ist. Die schottischen Schiffbauwerke lassen ihr Material hauptsächlich durch Kaufmännische Firmen im In- oder Ausland ankaufen, wo sie es am billigsten erwerben können, auch kaufen sie schottische Stahlgenossenschaften nur von zwei oder drei großen Fabriken, die der Kontrolle der Schottischen Stahlfabrikanten-Vereinigung sich entzogen haben und zu Preisen verkaufen, sich beständig unter denjenigen jener Vereinigung halten. Daraus ergibt sich, daß die Steuer nicht zwangsweise entrichtet und sich die Möglichkeit weiterer Schritte vorbereite. Wenn die Steuer erklärt hätte, sie bezahle die Steuer nicht und werde prozessieren, so würde die ganze Steuer von der Regierung zwangsweise beigetragen werden können.

Stoffgewerbe.

* Australische Wollaktionen. Die hiesige Firma Peter Bräuer stellt uns folgendes, ihm von den Herren Löbmann & Co. unter dem 24. März zugegangene Kabelbericht zur Verfügung: Die Brisbane Auktion verlief sehr fest bei steigenden Preisen. Frankreich und England waren Hauptkäufer. Von angebotenen 1600 Ballen wurde fast alles gerumpt. Die Auswahl ließ vor allem in Scourfing zu wünschen übrig.

Am 31. März und 1. April findet in Sydney eine Auktion mit einem Angebot von ca. 12 000 Ballen statt.

* Vom Baumwollmarkt in Alexandrien. Die Firma R. & O. Lindemann in Alexandrien berichtet unter dem 18. März, wie folgt: Die Reaktion auf die übertriebene Basse der vergangenen Woche blieb nicht aus, und die Preise stiegen bis auf 17.11/16 Dollar für Mai und 18.1/32 Dollar für November. Diese plötzliche Aufwärtsbewegung konnte sich jedoch nicht behaupten, und man sah folgendermaßen: März 1914 16.29/32 Dollar, Mai 1914 17.13/32 Dollar, Juli 1914 17.3/8 Dollar, November 1914 17.19/32 Dollar, Januar 1915 17.21/32 Dollar. Auf dem Promptmarkt wurden ziemlich zahlreiche Umsätze zu unregelmäßigen Preisen getätigt. Mittlere und niedrige Ware ist sehr billig. Ferner wird drastisch unter dem 25. d. M. aus Alexandrien gemeldet: Lieferung per Mai 17.3/16 Dollar, Lieferung per November 17.9/16 Dollar. Der Markt ist fester infolge guter Nachfrage. — Statistik der Woche vom 14. März bis 20. März: Die Ankünfte dieser Woche betrugen circa 65 000 (l. V. 26 000) Kantars, do. seit dem 1. September 1913 circa 7 277 000 (7 294 000) der Export dieser Woche circa 181 000 (80 000), do. seit dem 1. September 1913 circa 5 417 000 (5 745 000), der Stock am 20. März 1914 circa 2 351 000 (1 900 000) Kantars.

Genussmittelbranche.

* Bayerische Aktien-Bierbrauerei in Aschaffenburg. Laut Geschäftsbericht schließt die Gesellschaft nach einer aus zugegangenen Drahtmeldung das Geschäftsjahr 1912/13 mit einem Verlust von 99 000 A (l. V. 18 811 A) Verlust, der aus dem Reservefonds gefedert wurde, nachdem für Abschreibungen und Tantiemen 169 598 (174 191) A in Abzug gebracht worden sind. Der Verlust wird auf neue Rechnung vorgetragen werden. Wegen einer finanziellen Reorganisation der Gesellschaft (das Unternehmen wurde bereits 1901 durch eine Zuzahlung auf die Aktien saniert) und Beseitigung der Bankschulden sind Verhandlungen im Gange.

Verschiedene Gesellschaften.

* Sächsische Glasfabrik in Radeberg. In der Generalversammlung kam es zwischen einer kleinen Aktiengruppe und der Verwaltung wegen des Geschäftsbuchschlusses für 1913 zu einer längeren Aussprache. Wie uns drastisch ausdrückt, ihren Vorwurf, daß „vieles nicht in Ordnung sei“, zu spezifizieren, ab, und gab auch nicht eine einzige Tatsache zum Beleg für ihre Behauptung als Beweis an, so daß die Mehrheit der Aktionäre das Vorgehen der Opposition verurteilte. Schließlich wurde die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung für 1913 einstimmig genehmigt und der Verwaltung ebenso einstimmig Entlastung erteilt. Die Dividende wurde auf 20 (14) Proz. festgesetzt. In den Aufsichtsrat wurden Kommerzrat Doederlein-Dresden und Rechtsanwalt Eckenbrecht-Radeberg neu gewählt.

* Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Berlin. In der Aufsichtsratssitzung wurde beschlossen, der auf den 17. April einzuverlebenden ordentlichen Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 10 Proz. (wie l. V.) auf das jetzt 60 Millionen Mark betragende Aktienkapital vorzuschlagen. 10 Millionen Mark junge Aktien stehen an dieser Dividende für ein halbes Jahr teil.

* Döring & Lehrmanns-Akt.-Ges. für Bergwerksarbeiten verlegt, wie uns drastisch gemeldet wird, ihren Gesamtbetrieb von Helmstedt nach Halle, da der Schwerpunkt des Geschäftes sich nach den mitteldeutschen und sächsischen Braunkohlen- und Kaliindustrie verschoben hat.

* Kalko-, Land- und Minengesellschaft. Die heutige Generalversammlung, in der 6662 Stimmen vertreten waren, genehmigte laut Drahtmeldung unserer Berliner Handelsredaktion nach längerer Debatte einstimmig die mit einem Verlust

von 61 658 A abschließende Jahresrechnung. Der Gesamtverlust erhöht sich damit auf 1 134 873 A.

In Beantwortung der verschiedenen Fragen erklärte der Vorsitzende, daß mit dem Gouvernement der Vertrag, wonach die Grundsteuer durch Herausgabe von Landbesitz bezahlt werden darf, abgeschlossen sei, und zwar in der Weise, daß die für 1913 rückständige Grundsteuer im Betrage von 87 600 A, für die die seinerzeit entsprechende Rückstellungen gemacht wurden, durch Abtreten von Land bezahlt werde. So wurde z. B. der Regierung ein Farmland im Werte von 45 000 A zum Preis von 1.75 A pro Hektar überlassen werden. Die Verwaltung habe bei der Regierung immerhin Entgegenkommen gefunden, und es ist das erreicht worden, was nach Lage der Verhältnisse erreicht werden konnte. In der Frage der sogenannten Sonderrechtsstuer habe sich die Gesellschaft dem Zwange der Verhältnisse insofern gefügt, als sie auch wegen dieser Steuer mit der Regierung in Unterhandlungen eingetreten sei. Sie habe der Regierung zu verstehen gegeben, daß sie die Steuer nur zwangsweise entrichtet und sich die Möglichkeit weiterer Schritte vorbereite. Wenn die Steuer erklärt hätte, sie bezahle die Steuer nicht und werde prozessieren, so würde die ganze Steuer von der Regierung zwangsweise beigetragen werden können.

* Londoner Rauchwarenauktion. Der Verband der Leipziger Rauchwarenfirme, E.V., teilt uns über das Ergebnis der Londoner Auktion vom 25. März mit: Auf der Hudsons Bay-Auktion waren amerikanische Zobel 25 Proz., Bären 30 Proz. und Luchs 35 Proz. billiger als März 1913, Wölfe blieben unverändert.

In der Lamson-Auktion erzielten australische Opossum volle Januarpreise, Wallaby, Futterw. 5 bis 10 Proz. über Januar und Wallaby, Futterw. blieb unverändert.

* Antwerpener Kautschukaktion. Die gestrige Auktion verlief mit guter Nachfrage und es wurde fast alles verkauft. Die Husse für Plantagen betrug 30 Cent, während Mittelsorten unregelmäßig waren.

Merktafel für Kapitalisten.

3. April. Chemnitzer Aktien-Spinnerei. Ord. 3½ Uhr im Chemnitz. — Süddeutsche Diskonto-Gesellschaft. Ord. 11 Uhr in Mannheim. — Westl.-Lippische Vereinsbank. Ord. 3 Uhr in Bielefeld. — Meckl.-Strelitzsche Hyp.-Bank. Ord. 11 Uhr in Neustrelitz. — Grube Leopold. Ord. (Kap.-Erb.) 12 Uhr in Cöthen, Anh. — Ludwig Loewe & Co. Ord. 4 Uhr in Berlin. — Silesia, Verein chemischer Fabriken. Ord. 4 Uhr in Breslau. — C. Müller, Gummiwarenfab. Ord. 5 Uhr in Weißensee. — Ges. für Markt- und Kühlhallen. Ord. 11 Uhr in München. — Schöglerische und Elsterforfer Kammgarnspinnerei. Ord. 11 Uhr in Breslau. — Wittener Glasschmelz-Ges. Ord. 11 Uhr in Witten. — Heinrich Ernemann, Akt.-Ges. für Cameralfabrik. Ord. 4 Uhr in Dresden. — Straßenbahnen Hannover. Ord. (Umwandlung der Stammaktien in Vorsitzaktien) 12 Uhr in Hannover. — Deutsche Lebens-Vers.-Bank, Potsdam. Ord. 11 Uhr in Potsdam.
--

4. April. Kunstanstalten, Ak.-Ges., vorm. Adolf May und Müller & Lohse. Ord. 11 Uhr in Dresden. — Berliner Handels-Gesellschaft. Ord. 11 Uhr in Berlin. — Schlesischer Bankverein. Ord. 11 Uhr in Berlin. — Ostbank für Handel und Gewerbe. Ord. 10 Uhr in Posen. — Anhalt-Dessauische Landesbank. Ord. 1 Uhr in Dessau. — Banca Generale Romana. Ord. 3 Uhr in Bukarest. — Russische Bank für auswärtigen Handel. Ord. 3 Uhr in St. Petersburg. — Braunschweigische Kohlenbergwerke. Ord. 11 Uhr in Berlin. — Oberschlesische Kokswirke und Chemische Fabriken. Ord. 11 Uhr in Berlin. — Rheinisch-Westl. Schachtbau-Akt.-Ges. Ord. 4 Uhr in Essen (Ruhr). — Eisengießerei-Akt.-Ges. vorm. Keyling & Thomas. Ord. 11 Uhr in Berlin. — Allgemeine Gas-Akt.-Ges. Ord. 11 Uhr in Magdeburg. — Kahigrund-Eisenbahn-Akt.-Ges. Ord. 4 Uhr in Hanau (Main). — Atlas, Deutsche Lebensvers.-Ges. Ord. 10 Uhr in Ludwigshafen. — Dittendorfer Filz- und Kratzefabrik. Ord. 11 Uhr in Chemnitz. — Mitgliederversammlung des Rheinisch-Westfälischen Zementverbandes.
--

Grundstücksversteigerungen vor dem Königlichen Amtsgericht Leipzig.